

V-05 Für eine bessere psychosoziale Versorgung Geflüchteter – zentrale Strukturen sichern,  
Regelsystem öffnen!

Antragsteller\*in: Bettina Jarasch (KV Pankow)

Tagesordnungspunkt: TOP 9 Weitere Anträge

1 Für eine bessere psychosoziale Versorgung Geflüchteter – zentrale Strukturen sichern,  
2 Regelsystem öffnen!

3 Viele der Menschen, die in Berlin Zuflucht und eine neue Heimat suchen, haben vor und  
4 während der Flucht Gewalt- und andere traumatische Erfahrungen gemacht. Diese Traumata  
5 bringen sie mit nach Berlin. Dabei kommen seelische Belastungen häufig erst dann an die  
6 Oberfläche, wenn die Flucht vorbei ist und die Geflüchteten nicht mehr ums tägliche  
7 Überleben fürchten müssen. Wenn sich das Ankommen als schwieriger als erhofft herausstellt,  
8 führt das häufig ebenfalls zu psychischen Belastungen. Bis zu 40% der Menschen, die hierher  
9 geflohen sind, müssen psychotherapeutisch behandelt werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen  
10 sich deshalb für eine bessere psychosoziale Versorgung geflüchteter Menschen ein.

11 Rot-Rot-Grün hat dafür schon einiges getan, aber es braucht mehr: Das Regelsystem ist noch  
12 längst nicht so aufgestellt, dass es die besonderen Bedarfe auffangen kann. Das  
13 Asylbewerberleistungsgesetz schließt zudem Geflüchtete von psychosozialer Versorgung  
14 weitgehend aus. Aber auch als Krankenversicherte haben Geflüchtete keinen gesicherten Zugang  
15 zu einer bedarfsgerechten Versorgung, da die Krankenkassen Sprachmittlung nicht finanzieren  
16 und es kaum niedergelassene Psychotherapeutinnen und -therapeuten mit Kenntnissen in den  
17 einschlägigen Sprachen gibt.

18 Unser Ziel ist ein gestuftes System, das sowohl ein frühzeitiges Erkennen von Traumata und  
19 psychischen Erkrankungen ermöglicht und niedrigschwellige Angebote der Begleitung schafft,  
20 die bewährten landesweiten Strukturen zur Behandlung der Opfer von Folter und schwerer  
21 Gewalt weiter stärkt und ergänzt als auch das bezirkliche Regelsystem für den  
22 diversitätssensiblen Umgang mit Patientinnen und Patienten mit Fluchterfahrung öffnet und  
23 dabei Versorgungslücken schließt. Eine solche Stärkung des Regelsystems würde die  
24 Gesundheitsversorgung in einer Einwanderungsstadt wie Berlin endlich auch für die Bedarfe  
25 aller Berlinerinnen und Berliner weiter öffnen.

26 Deshalb fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN insbesondere:

- 27 • Die zentrale psychiatrische Clearingstelle an der Charité muss aus Landesmitteln  
28 weiter gefördert werden, bis sie ins Regelsystem überführt werden kann –  
29 beispielsweise als Psychiatrische Institutsambulanz. Die Zahl der Anfragen, Diagnose-  
30 und Interventionsbedarfe an der Clearingstelle ist trotz der gesunkenen Zahl von neu  
31 ankommenden Asylbewerber\*innen gleichmäßig hoch.
- 32 • Die Fachstellen des Berliner Netzwerks für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge für  
33 Opfer von Gewalt und Folter – Xenion und das Zentrum Überleben – müssen als landesweit  
34 tätige, spezialisierte Kompetenzzentren weiter gestärkt und in die Lage versetzt  
35 werden, bei Krisensituationen auch in Flüchtlings- und ASOG-Unterkünften aufsuchende  
36 Betreuung zu leisten.
- 37 • Beim LaGeSo soll ein zentraler Dolmetscherpool für psychosoziale Sprachmittlung  
38 etabliert werden. Dort sollen niedergelassene Ärzt\*innen und Psychotherapeut\*innen  
39 ebenso wie die Kompetenzzentren oder auch die Psychiatrischen Institutsambulanzen der

- 40 Bezirke sowohl Kontakt zu spezialisierten Sprachmittler\*innen bekommen als auch  
41 Honorarrechnungen für entsprechende Sprachmittlung bei Therapien einreichen können.  
42 Die Öffnung des Regelsystems für die psychosoziale Versorgung der Geflüchteten hängt  
43 wesentlich davon ab, dass eine diversitätssensible und fachlich spezialisierte  
44 Sprachmittlung bereitgestellt wird.
- 45 • Die interkulturelle Öffnung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes und insbesondere  
46 seiner sozialpsychiatrischen Dienste soll durch die Einstellung von Fachkräften aus  
47 dem Sprach- und Kulturkreis der Geflüchteten und anderer Gruppen von Einwanderer\*innen  
48 vorangetrieben werden. Dadurch würde das Land endlich die Kompetenzen von  
49 eingewanderten Psychotherapeut\*innen und anderen verwandten Berufsgruppen nutzen, die  
50 hier keine Kassenzulassung oder keine Approbation bekommen. Gleichzeitig kann der ÖGD  
51 insbesondere denjenigen Patient\*innen sozialpsychologische Behandlung gewährleisten,  
52 die durch bundesrechtliche Finanzierungslücken bislang davon nahezu ausgeschlossen  
53 sind.
  - 54 • Das Sozialteam des Landesamt für Flüchtlinge (LAF) soll um psychologische  
55 Psychotherapeut\*innen mit einschlägigen Sprachkenntnissen ergänzt werden, um ein  
56 frühzeitiges Erkennen von Behandlungsbedarf zu gewährleisten. Das Sozialteam ist für  
57 die meisten der neu angekommenen Geflüchteten die erste Anlaufstelle für  
58 gesundheitliche und soziale Fragen und muss daher entsprechende Kompetenzen aufbauen.
  - 59 • Den Betreiber\*innen von Flüchtlingsunterkünften soll ermöglicht werden, auch  
60 Psychotherapeut\*innen und Psychotherapeut\*innen für Kinder und Jugendliche  
61 einzustellen. Das kann auch eine Beschäftigungschance für Psychotherapeut\*innen mit  
62 Fluchthintergrund und ohne Kassenzulassung sein. Dafür müssen die Qualitätsstandards  
63 der Unterkünfte angepasst und die Personalschlüssel flexibilisiert werden. In den  
64 neuen Verträgen sehen die Personalschlüssel für Gemeinschaftsunterkünfte einen  
65 Psychologen für je 500 Geflüchtete vor. Das wird dem tatsächlichen Bedarf nicht  
66 gerecht.
  - 67 • Peer-to-Peer Ansätze sollen evaluiert und bei positivem Ergebnis verstetigt und  
68 ausgebaut werden. Dabei ist auch eine Erweiterung auf andere Bevölkerungsgruppen mit  
69 erschwertem Zugang zum Regelsystem zu prüfen. Peer-to-Peer-Ansätze bieten  
70 niedrigschwellige Begleitung und Beratung von Geflüchteten mit dem Ziel der  
71 Stabilisierung und der Hilfe zur Selbsthilfe durch dafür geschulte  
72 Gesundheitslots\*innen aus demselben Kultur- und Sprachkreis. Sie können die  
73 Regelversorgung bzw. die Arbeit der psychosozialen Zentren nicht ersetzen, aber  
74 sinnvoll ergänzen.

## Begründung

Weitere Antragsteller\*innen: Susanna Kahlefeld (KV Neukölln), Catherina Pieroth (KV Tempelhof-Schöneberg), Sadullah Abdullah (KV Steglitz-Zehlendorf), Cherim Adelhoefer (KV Reinickendorf), Gollaleh Ahmadi (KV Spandau), Ingrid Bertermann (KV Mitte), Astrid Bialluch-Liu (KV Tempelhof-Schöneberg), Beate Buchwald (KV Marzahn-Hellersdorf), Daniela Ehlers (KV Lichtenberg), Oliver Gellert (KV Spandau), Elisabeth Kiderlen (KV Tempelhof-Schöneberg), Elke Klünder (KV Reinickendorf), Robert Pohle (KV Lichtenberg), Nicolas Schönfeld (LAG Gesundheit&Soziales), Claudia Schulte (KV Kreuzberg-Friedrichshain), Aferdita Suka (KV Tempelhof-Schöneberg), Gabriele Vonnekold (KV Neukölln), Catrin Wahlen (KV Treptow-Köpenick), Hinrich Westerkamp (KV Reinickendorf), Tonka Wojahn (KV Steglitz-Zehlendorf), Deniz Yildirim (KV Kreuzberg-Friedrichshain)